

Fragen

für die Fragestunde der 185. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Oktober 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 73
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 64	Kleinwächter, Norbert (AfD)	49
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Kluckert, Daniela (FDP)	22, 32
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Konrad, Carina (FDP)	46
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	26, 37	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	21	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	8, 19
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	18, 39	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	12
Gminder, Franziska (AfD)	70, 71	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	15, 16	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	33
Herbst, Torsten (FDP)	62, 63	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	23, 50	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	17, 72
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20	Podolay, Paul Viktor (AfD)	24
Huber, Johannes (AfD)	27, 28	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 38
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	29, 43	Renner, Martina (DIE LINKE.)	13, 14
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	4, 5	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 74
Jung, Christian, Dr. (FDP)	11, 61	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	68, 69
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 67		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 51	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	47, 48
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	52, 53		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	21
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie viele Zuwanderer wurden seit dem Jahr 2015 in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) jährlich als Tatverdächtige in dem Deliktsbereich der „Gewaltkriminalität“ aufgeführt, vor dem Hintergrund, dass gemäß einer Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik durch das Bundeskriminalamt Zuwanderer, die als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind, bei jeder achten schweren Körperverletzung seit dem Jahr 2015 tatverdächtig waren (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/asylzuwanderer-haeufig-tatverdachtig-bka-bericht-loest-debatte-um-abschiebung-en-73474042.bild.html), und wie viele von diesen Personen wurden abgeschoben (bitte nach Jahresheften in absoluten Zahlen sowie dem prozentualen Anteil der abgeschobenen Personen an der Gesamtzahl der tatverdächtigen Zuwanderer aufschlüsseln)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Beabsichtigt die Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wieder Grenzkontrollen an den Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland einzuführen, wie es von dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Tegatz, gefordert wurde (www.dpolg.de/aktuelles/news/neue-grenzkontrollen-sind-zwingend/), und wie begründet sie ihre Antwort?
3. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung trotz rasant gestiegener Zahl an COVID-19-Infizierten in Afghanistan (www.aerzteblatt.de/nachrichten/115352/Hochrechnung-Rund-zehn-Millionen-Infektionen-in-Afghanistan) und angesichts der weiter andauernden Anschläge, die auch die Zivilbevölkerung treffen, die laut Tagesschau geplante Wiederaufnahme der Sammelabschiebungen in das Land (www.tagesschau.de/ausland/kaempfe-afghanistan-103.html), und wie können Rückkehrer nach Auffassung der Bundesregierung angesichts der wirtschaftlichen Not und extrem gestiegener Lebensmittelpreise (www.worldbank.org/en/news/press-release/2020/07/15/hit-hard-by-covid-19-afghanistan-needs-continued-international-support) ihr Überleben sichern?

4. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die laut Tagesschau geplante Wiederaufnahme von Sammelabschiebungen nach Afghanistan ab Oktober 2020 (www.tagesschau.de/ausland/kaempfe-afghanistan-103.html), obwohl sich in Afghanistan einer Studie zufolge mindestens zehn Millionen Menschen und damit rund ein Drittel der Bevölkerung mit dem Coronavirus infiziert haben (www.aerzteblatt.de/nachrichten/115352/Hochrechnung-Rund-zehn-Millionen-Infektionen-in-Afghanistan) und die ohnehin aufgrund des jahrelangen Krieges katastrophale humanitäre Lage in dem Land sich durch die Pandemie noch weiter verschlechtert hat (www.proasyl.de/news/afghanistan-abschiebeplaene-der-eu-fuer-das-gefaehrlichste-land-der-welt/), und inwiefern wird bei Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) berücksichtigt, dass infolge der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus in Afghanistan zwei Millionen Menschen ihre Arbeit verloren haben und der Arbeitsmarkt für Tagelöhner, auf den in BAMF-Bescheiden häufig verwiesen wird, kaum mehr existent ist, weswegen deutsche Verwaltungsgerichte alleinstehenden jungen Männern aus Afghanistan in einer Reihe von Urteilen Abschiebungsverbote zugesprochen haben (www.proasyl.de/news/abschiebungsmoratorium-jetzt-lage-in-vielen-herkunftsstaaten-durch-corona-stark-verschlechtert/)?
5. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Abschiebungen gab es im bisherigen Jahr 2020 (bitte nach den neun wichtigsten Zielstaaten differenzieren und außerdem für die Monate Juli, August und September getrennt auflisten), und welche Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen ergreift die Bundespolizei, um zu verhindern, dass es im Zuge von Abschiebungen unter den abzuschiebenden Personen, dem Begleit- oder dem Flugpersonal zu Ansteckungen mit dem Coronavirus kommt?

6. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung weiterhin an den geplanten Castor-Transporten festhalten (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Bund-will-trotz-Corona-an-Castor-Transport-festhalten,castor2060.html), die zwischen Ende Oktober 2020 bis zum Jahresende Castoren mit hochradioaktivem Müll aus Sellafield per Bahn ins Zwischenlager Biblis transportiert werden sollen, begleitet durch „Tausende“ (wohl auch Bundes-)Polizisten ungeachtet der dadurch verursachten Corona-Ansteckungsgefahr sowohl für die Demonstranten als auch die Polizisten, und wird die Bundesregierung nun, mindestens um aus ihrer dienstlichen Fürsorgepflicht (Bundes-)Polizisten diese Gefahr zu ersparen, einen etwaigen Castor-Transport deshalb unterlassen bzw. absagen, insbesondere nachdem bereits vor wenigen Wochen bis zu 2.100 (unter anderem Bundes-)Polizisten trotz Ansteckungsgefahr zur Räumung eines Hauses in Berlin eingesetzt wurden (www.rbb24.de/panorama/thema/2020/coronavirus/beitrag_e_neu/2020/10/berlin-hunderte-polizisten-quarantane-gewerkschaft-polizei-gdp.html), obwohl zu diesem Zeitpunkt in Berlin laut Gewerkschaft der Polizei 28 Polizisten mit dem Coronavirus infiziert und rund 270 weitere in Quarantäne waren?
7. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die seit langem angekündigten Einschränkungen beziehungsweise Verbote der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gesetzlich regeln (www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-sonderthema-lambrecht-verlangt-verschaerfungen-bei-umwandlung-von-mietwohnungen-_arid,1701230.html), und wird sie zeitgleich den Kommunen auch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen (www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/bezirks-schnappen-schwedischem-investor-drei-hauser-weg-li.113055), um gesetzliche Möglichkeiten und Vorgaben, wie das Vorkaufsrecht, dann auch umsetzen zu können?
8. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wird die Bundesregierung gegen die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes (MIT) in Deutschland Protest einlegen (www.derwesten.de/politik/erdogan-tuerkei-deutschland-geheimdienst-politik-er-cem-oezdemir-sevim-dagdelen-id230677446.html)?

9. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) aus der „Renovation Wave for Europe – Greening out buildings, creating jobs, improving lives“ der EU-Kommission, und wie ist der weitere Zeitplan für entsprechende Maßnahmen?
10. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso hält es die Bundesregierung für vertretbar, Partnerinnen und Partnern, die sich regelmäßig im Ausland treffen, gegenüber Partnerinnen und Partnern, die sich ein Mal in Deutschland getroffen haben, bei der Zustimmung zur Einreise zu benachteiligen, und nach welchen Vorgaben beziehungsweise Kriterien werden die erforderlichen „geeigneten Nachweise“ für die Zustimmung zur Einreise von unverheirateten Partnerinnen und Partnern aus Drittstaaten (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/erklaerung-unverheiratete-paare-beziehung.pdf?__blob=publicationFile&v=4) bewertet, insbesondere unter dem Aspekt, dass der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer in der Regierungsbefragung am 16. September 2020 „Großzügigkeit“ zugesichert hat (Plenarprotokoll 19/175, 21940)?
11. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- In welcher Anzahl wurden in den letzten 12 Monaten nach Kenntnis der Bundesregierung Nachkontrollen von Lkws durch Bundesbehörden durchgeführt, und zu welchem Ergebnis kamen diese Kontrollen (bitte aufgelistet nach den einzelnen Bundesländern) (https://rp-online.de/nrw/p/anorama/einjaehrigen-pilotprojekt-der-polizei-nachtkontrollen-von-lkw-sind-ueberfaellig_aid-53918983)?
12. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Auf welcher empirischen Grundlage bzw. aufgrund welcher Studie kommt der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, in seiner Pressemitteilung vom 20. Oktober 2020 (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/10/keine-studie-rechtsextremismus-polizei.html) zu dem Schluss, dass über 99 Prozent der Polizistinnen und Polizisten auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen?
13. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Sitzungen befasste sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum mit der „Europäischen Aktion“ (bitte die 27 aktuellsten Sitzungen nach Datum aufschlüsseln)?

14. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Meldungen verdeckter Quellen mit Bezug zur „Europäischen Aktion“ liegen im Bundesamt für Verfassungsschutz vor (bitte die 13 aktuellsten Meldungen nach Jahren und Ursprungsbehörde aufschlüsseln)?
15. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche mögliche Form der Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Polizei wurde in dem bereits stattgefundenen fachlichen Austausch mit dem Generalpolizeidirektor Oscar Atehortúa und dem Leiter des Unidad de Escuadrones Móviles Antidisturbios (ESMAD) (Antwort auf die Schriftliche Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 19/22831) thematisiert, und was sind seitens der Bundesregierung die menschenrechtlichen Mindestvoraussetzungen in Kolumbien, bevor eine Kooperation mit der kolumbianischen Polizei zustande kommen kann?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

16. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- In welcher Form setzt sich Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei Frankreich und den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats, darunter die „Freunde der Westsahara“, für das Recht auf Entkolonialisierung und Selbstbestimmung des sahraischen Volkes ein, damit die Verhandlungen um eine Verlängerung des MINURSO-Mandates (https://minurso.unmissions.org/sites/default/files/unsg_report_23_september_s_2020_938_e.pdf) zum Erfolg führen und nicht Ende Oktober 2020 der politische Prozess de facto beendet wird, und warum ist die Ernennung eines neuen UN-Sondergesandten für die Westsahara bisher nicht erfolgt?
17. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Modell einer nach meiner Auffassung unsinnig kurzen, rotierenden EU-Ratspräsidentschaft allgemein, und sieht sie unter Umständen vor dem Hintergrund der Bürgernähe Alternativen dazu?
18. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- In welchen 20 Staaten werden nach Kenntnis der Bundesregierung die meisten Personen willkürlich festgehalten (www.ohchr.org/EN/Issues/Detention/Pages/WGADIndex.aspx)?

19. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Nach welchen faktischen Kriterien werden Länder durch das Auswärtige Amt zu Risikogebieten im Hinblick auf COVID-19 erklärt (www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/covid-19/2296762#content_0)?
20. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was tut die Bundesregierung, um die mosambikische Regierung dabei zu unterstützen, weitere Gewalt in der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks zu verhindern und die laut UN-Angaben rund 250.000 Vertriebenen zu versorgen (www.dw.com/de/mosambik-landgewinne-f%C3%BCr-die-terroristen-in-cabo-delgado/a-54559570)?
21. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den zunehmenden Verletzungen des taiwanischen Luftraums durch die Volksrepublik China (www.sueddeutsche.de/politik/taiwan-china-verletzt-luftraum-1.4937867), und welche Maßnahmen ergreift Deutschland, insbesondere im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, im Sinne der eigenen Leitlinien zum Indo-Pazifik für eine „stärkere, politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vernetzung in und mit der Region“, um den Frieden und die Sicherheit in der Straße von Taiwan sicherzustellen?
22. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Zieht die Bundesregierung aus der Kritik Chinas als Reaktion auf ein Treffen des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages mit Vertretern Taiwans Konsequenzen, und wenn ja, welche (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/china-kritisiert-abgeordnete-wegen-treffen-mit-taiwanern-17012245.html)?
23. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um zeitnah die Visaerteilung an Auslandsvertretungen für verheiratete bzw. verpartnerte Paare zu ermöglichen, und wie erklärt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Aussage, dass in einigen deutschen Auslandsvertretungen nur wenige Basisdienstleistungen wie „Nothilfe für deutsche Staatsangehörige; Anzeige eines Todesfalls; Sozialversicherungsange [sic!]; Kontoschließungen für Studenten; Grenzübertrittsbescheinigungen; nicht aufschiebbare Beglaubigungen“ angeboten werden (<https://jaunde.diplo.de/cm-de/-/2346602>), in anderen jedoch offenbar die Bearbeitung konsularischer Angelegenheiten in deutlich größerem Umfang möglich ist (<https://kinshasa.diplo.de/cd-de/service/-/2385694>)?

24. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD)
- Welche Vorschläge hat die Bundesregierung beim jüngsten EU-Sondergipfel am 1. und 2. Oktober 2020 zur neuen Strategie im Umgang mit der Türkei gemacht, vor dem Hintergrund der Lage im östlichen Mittelmeerraum sowie in Bergkarabach und der zunehmenden militärischen Aktivitäten der Türkei in den Konfliktgebieten im Nahen Osten?
25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den am 5. August 2020 veröffentlichten Bericht des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) über die Haftbedingungen auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali, wonach die Haftbedingungen als inakzeptabel angesehen werden, z. B. die langen Zeiten der Einzelhaft/Isolation, besonders vor dem Hintergrund, dass diese Umstände bereits infolge des Besuchs des CPT im Jahr 2016 angemahnt wurden und bisher keine Verbesserungen stattfanden, wie es in dem aktuellen Bericht auf den Seiten 23 ff. zu lesen ist (<https://rm.coe.int/16809f20a1>), wonach die Ablehnungen von Familien- und Anwaltsbesuchen weiterhin von der türkischen Regierung aufrechterhalten werden, und inwiefern wird die Bundesregierung die Haftbedingungen, insbesondere auf der Gefängnisinsel Imrali, gegenüber den türkischen Regierungsvertretern thematisieren?

26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Unterstützt die Bundesregierung angesichts der wiederholten Provokationen der Türkei im östlichen Mittelmeer, die auf die Schaffung von Tatsachen mit militärischen Mitteln abzielen, die Forderung Griechenlands bezüglich der Türkei an die EU (Aufhebung der Zollunion, Stopp von Rüstungsexporten) (dpa vom 20. Oktober 2020), nicht zuletzt auch wegen der im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Militäroperationen der Türkei in Syrien (www.tagesschau.de/inland/tuerkei-wissenschaft-dienst-101.html) und im Irak (www.bundes-tag.de/resource/blob/705826/ac1d59d7709a4dfd3c0f14cb8fea6b76/WD-2-057-20-pdf-data.pdf), dem Bruch des Waffenembargos gegenüber Libyen (www.dw.com/de/t%C3%BCrkische-a400m-bringen-waffen-nach-libyen/a-54691319), der Förderung des islamistischen Terrorismus unter anderem durch die mutmaßliche Verlegung von Dschihadisten nach Libyen und Aserbaidschan (AFP vom 2. Oktober 2020), und wird die Bundesregierung gegenüber Airbus dahingehend intervenieren, dass das Unternehmen die Dienste hinsichtlich der Wartungstätigkeiten für die türkischen Streitkräfte auf dem Stützpunkt Kayseri einstellt, um zu verhindern, dass die Türkei mittels ihrer A400M-Airbus-Transportflugzeuge das Waffenembargo gegenüber Libyen (www.dw.com/de/t%C3%BCrkische-a400m-bringen-waffen-nach-libyen/a-54691319) als auch das gegenüber Aserbaidschan mit Lieferungen an ihre Verbündeten unterläuft (www.stern.de/p/plus/politik/tuerkische-airbus-transporter-flogen-nach-aserbaidschan---brachen-sie-das-waffenembargo--9431946.html)?

27. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, aus welchem Grund der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas, anlässlich seiner Reise nach Nikosia und Athen, auf einen Besuch der türkischen Regierung verzichtet (www.dw.com/de/maas-t%C3%BCrkei-muss-provokation-beenden/a-55252847), und welche konkreten Schritte – außer dem erfolgten Appell zur Deeskalation – unternehmen der Bundesminister des Auswärtigen oder das Auswärtige Amt, um die zunehmende Eskalation in der Region zu stoppen?

28. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Mit welchen Personen der Regierungen von Aserbaidshan und Armenien stehen der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas bzw. das Auswärtige Amt laut Kenntnis der Bundesregierung in direktem Kontakt, um eine schnellstmögliche Befriedung des dort anhaltenden Konfliktes (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-a-useinandersetzungen-armenien-aserbaidshan/2397840) auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, und welche Ergebnisse sind diesbezüglich zu vermelden?
29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung inzwischen Erkenntnisse vor, die die Ergebnisse der Wahlüberprüfungsmission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) widerlegen (vgl. Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 19/16877), die durch ihre Vorwürfe der Wahlmanipulation bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien im Oktober 2019 maßgeblich zum Sturz des damaligen Präsidenten und Wahlsiegers Juan Evo Morales Ayma beigetragen haben, und welche Schlussfolgerungen für die Validität der Betrugsvorwürfe zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) in fast allen Wahllokalen, in denen es laut der OAS-Mission Wahlbetrug gegeben hatte, bei der jüngsten, von der OAS für frei von Betrug erklärten Wahl noch mehr Stimmen erhielt als im Jahr 2019 („Data from Bolivia’s Election Add More Evidence That OAS Fabricated Last Year’s Fraud Claims“, cepr.net, 21. Oktober 2020; „Analyse und Erkenntnis: Kein Wahlbetrug in Bolivien 2019, kein Wahlbetrug 2020“, amerika21.de, 22. Oktober 2020)?
30. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Handelt es sich bei den von dem Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas auf der Geberkonferenz für die Sahelzone zugesagten Mitteln (www.rnd.de/politik/milliardenhilfe-fur-sahel-staaten-auch-deutschland-ist-dabei-RCV4FGOUIDAVUQXEKNXX6WQX6A.html) um zusätzliche Gelder, und in welchem Verhältnis stehen die von der Bundesregierung zugesagten humanitären Gelder zu Mitteln, die den G5-Sahel-Staaten von deutscher Seite in den letzten fünf Jahren für sicherheitspolitische Maßnahmen zugesagt wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

31. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Strategie hat die Bundesregierung für die weitere Beschaffung von Lüftungsanlagen, und wie kann nach Meinung der Bundesregierung verhindert werden, dass es hierbei zu Engpässen kommt?
32. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung beim weltweiten Ausbau der Erzeugung von Wasserstoff (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/energie/energieaussenpolitik/205854)?
33. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Welche konkreten Technologietransferprojekte und Strukturentwicklungsgesellschaften (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200827-projekte-fuer-die-kohleregionen-koennen-starten.html) erhalten, abgesehen vom Beschluss des Bund-Länder-Koordinierungsgremiums vom 27. August 2020, eine Finanzierung durch die Bundesregierung im Zuge des Strukturwandels in den Kohleregionen?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bedingungen und Kriterien müssen Unternehmen der Zulieferindustrie erfüllen, damit ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anpassungsgeld im Rahmen des Kohleausstiegs in Anspruch nehmen können?
35. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Firmen und wie viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich bisher hinsichtlich des Anpassungsgeldes bei der Bundesregierung gemeldet und sind voraussichtlich anspruchsberechtigt?
36. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Themen wird die Bundesregierung beim Spitzengespräch der Konzertierte Aktion Mobilität im November 2020 behandeln, und welche konkreten Ergebnisse sind für die Regionen zu erwarten, basierend auf den Zuarbeiten der zuständigen Arbeitsgruppen (www.dw.com/de/autogipfel-vertagt-entscheidungen-zu-weiteren-hilfen/a-54858484)?

37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit liegt bereits ein Urteil bezüglich der von der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), eingelegten Rechtsmittel bei dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel (www.bit.s.de/public/unv_a/original-081219.htm) gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Frankfurt am Main vor, das die „Außerkraftsetzung der Gültigkeit“ einer erteilten Ausfuhrgenehmigung für u. a. 110 Lastkraftwagen des Rüstungskonzerns Rheinmetall für den Empfänger und Endverwender die Royal Saudi Land Forces im Rahmen der sogenannten Ruhensanordnungen für bereits erteilte Rüstungsexportgenehmigungen nach Saudi-Arabien in der mündlichen Verhandlung vom 3. Dezember 2019 mit der Begründung aufgehoben hatte, dass es sich um einen Teilwiderruf, verbunden mit der gesetzlichen Entschädigungsfolge, handelt, und die pauschale und knappe Begründung in den angegriffenen Entscheidungen nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche (<https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/pressemittelungen/verwaltungsgericht-hebt-faktische-s-ausfuhrverbot-wegen-formeller-fehler-auf>), und für welche Rüstungsgüter wurden seit dem Jahr 2019 Exportgenehmigungen (Reexport, Sammelausfuhren) für das Endempfängerland Saudi-Arabien erteilt (bitte entsprechend der Jahre mit Angabe der Güterbeschreibung, Wert und Anzahl auflisten – für 2020 bitte die vorläufigen Zahlen zum aktuellsten Stichtag angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

38. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche konkrete Ersetzung für das Wort „Rasse“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes haben sich die Mitglieder der Bundesregierung für den angekündigten Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes geeinigt (www.deutschlandfunk.de/bundesregierung-rasse-begriff-soll-im-grundgesetz-geaendert.1766.de.html?dram:article_id=486177), und inwiefern sollen im weiteren Verfahren Wissenschaft, Migrantinnenorganisationen und Oppositionsfraktionen mit eingebunden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

39. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wird die Bundesregierung am Härtefallfonds festhalten (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1, S. 93) oder ist der Härtefallfonds durch die Grundrente aus Sicht der Bundesregierung obsolet?
40. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde der angekündigte Gesetzentwurf, mit dem der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil einen Rechtsanspruch auf Homeoffice verspricht, im Bundeskanzleramt gestoppt („Kanzleramt blockiert Anspruch auf Homeoffice“, Handelsblatt, 6. Oktober 2020) und konnte in den Gesprächen mit dem Bundeskanzleramt (siehe Antwort auf meine Schriftliche Frage 132 auf Bundestagsdrucksache 19/23454) geklärt werden, wie mit diesem Thema weiter verfahren wird?
41. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung noch dieses Jahr das Arbeitszeitgesetz anpassen, nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) bereits vor 17 Monaten geurteilt hat (Az. C-55/18), dass nicht nur die Überstunden, sondern die komplette Arbeitszeit dokumentiert werden muss, und meint das EuGH-Urteil nach Ansicht der Bundesregierung die Dokumentation von Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

42. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann war die letzte Konsultation der Bundesregierung mit der US-Armee auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr zur Reduzierung der Lärmbelastung, und welche Ergebnisse sind im Rahmen dieser Konsultationen bisher erarbeitet worden (siehe Antwort zu Frage 2 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7525)?

43. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Für welche Aufgaben hat das Bundesministerium der Verteidigung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nach Beantwortung meiner Schriftlichen Frage 84 auf Bundestagsdrucksache 19/19021 Amtshilfeersuchen erhalten, in denen die Bundeswehr (etwa beim Objektschutz) unter anderem hoheitliche Befugnisse übernehmen sollte bzw. soll, und wie wurden diese Anträge beschieden (bitte auch wieder mitteilen, wie viele Ersuchen zurückgezogen wurden)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

44. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundeministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner angesichts der im jüngsten Agrarrat erzielten Kompromisse zur GAP-Reform die von der EU-Kommission im Green Deal, der Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie vorgeschlagenen Ziele (Antibiotikareduzierung um 50 Prozent, Reduzierung der Nährstoffverluste um 50 Prozent, Pestizidreduzierung um 50 Prozent und 25 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030) zu erreichen, und mit welchen Anreizinstrumenten in der GAP sollen landwirtschaftliche Betriebe davon überzeugt werden?
45. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird zukünftig die von der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner versprochene systematische Erfassung von übergeordneten Eigentümern und Tochterunternehmen von Agrarbetrieben im Agrarantrag erfolgen (<https://taz.de/Konzerne-kassieren-Agrarsubventionen/!5719474/>), und wie wird diese Erfassung agrarstatistisch umgesetzt?
46. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie schützt die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner, wie angekündigt, die deutschen Landwirte und insbesondere die Winzer vor Strafzöllen aus den USA (www.to-pagrar.com/management-und-politik/news/kampf-ansage-richtung-trump-11839516.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

47. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie viele Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen nach § 24 und § 41 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2012 bis 2019 beantragt, und wie viele davon wurden abgelehnt (bitte in absoluten Zahlen und prozentuaalem Anteil angeben)?
48. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2012 bis 2019 jeweils die Erfolgsquote bei Widersprüchen gegen abgelehnte Anträge auf Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen nach § 24 und § 41 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), und wie schätzt die Bundesregierung derzeit den finanziellen Unterstützungsbedarf seitens des Bundes von Mutter-Vater-Kind-Kliniken angesichts der durch die Corona-Pandemie entstehenden Verluste ein?
49. Abgeordneter
**Norbert
Kleinwächter
(AfD)**
- Warum stellt die Bundesregierung einerseits ein Ende der Maskenpflicht nach einer Impfung in Aussicht (www.welt.de/politik/deutschland/article211856353/Kanzleramtschef-Helge-Braun-Ein-gutes-Zeichen-fuer-einen-Schlusspunkt-der-Pandemie.html), und nimmt andererseits Menschen, die von COVID-19 genesen sind, Antikörper gebildet haben und demnach eine Immunität aufweisen, nicht von der Maskenpflicht aus bzw. empfiehlt den Bundesländern, die Infektionsschutzverordnungen erlassen, einen solchen Schritt nicht?
50. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Hoffmann
(FDP)**
- Welche Staaten haben bislang über deutsche Auslandsvertretungen bzw. die jeweilige Botschaft in Deutschland Interesse an Beatmungsgeräten des Bundesministeriums für Gesundheit zur Unterstützung des jeweiligen nationalen Gesundheitswesens erklärt (vgl. Antwort zu den Fragen 9 und 10 auf Bundestagsdrucksache 19/21455), und wie viele Geräte wurden bereits an diese Staaten ausgeliefert?
51. Abgeordnete
**Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich einer zielgruppenspezifischen Kommunikation, beispielsweise mittels Online-, TV-, Plakatkampagnen, um den Bürgerinnen und Bürgern Maßnahmen, die über die allgemeinen AHA-Regeln hinaus gehen, welche jetzt bei steigenden Infektionszahlen essenziell für die Beibehaltung der Kontrolle sein werden, besser zu erklären?

52. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
Plant die Bundesregierung rechtliche Klarstellungen, die eindeutig sicherstellen, dass im Falle einer Quarantäne des Kindes Eltern Anspruch auf Freistellung von der Arbeit sowie eine Lohnfortzahlung für die gesamte Dauer der Quarantäne erhalten, und wenn ja, welche?
53. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
Falls sie dies plant, bis wann plant die Bundesregierung, eine entsprechende Regelung einzuführen?
54. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der inzwischen zum großen Teil abgelaufenen Regelungen des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes und der COVID-19-Versorgungsstrukturen-Schutzverordnung einerseits und der stark steigenden Infektionszahlen mit dem Coronavirus andererseits im Hinblick auf die zu erwartenden Einnahmeausfälle und Mehrkosten, die den Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen, Müttergenesungswerken, Sozialpädiatrischen Zentren, Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderung sowie den Angehörigen der Gesundheitsberufe aufgrund ausbleibender Patientinnen und Patienten, höherer Hygieneanforderungen und der aufwendigen Versorgung von an COVID-19 erkrankten Menschen bevorsteht, die entsprechenden Regelungen neu aufzulegen bzw. zu verlängern, und wenn nein, in welcher Form soll die Hilfe dann ausgestaltet werden?
55. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Plant die Bundesregierung, in der Corona-Warn-App eine Funktionalität zu implementieren, die den Benutzer oder die Benutzerin anhand ihres Aufenthaltsortes darüber informiert, ob sie sich in einem durch das Robert Koch-Institut (RKI) ausgewiesenen Risikogebiet befindet, und welche Maßnahmen zum Schutz vor einer weiteren Verbreitung des Coronavirus dort gelten, und wenn ja, wann wird es ein entsprechendes Update geben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

56. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann sind die angekündigten Arbeiten zum Eisenbahnregulierungsrecht abgeschlossen, damit eine Beratung in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages möglich ist, und welche Änderungen wird die Bundesregierung konkret vorschlagen (bitte insbesondere darauf eingehen, welche Vorhaben es im Eisenbahnregulierungsrecht bezüglich der Senkung der Trassenpreise gibt und wie die Vergabe von Trassen im Rahmen des Deutschlandtaktes erfolgen soll)?
57. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mittel für Planung und Bau von Stuttgart 21 wurden bis zum 30. Juni 2020 (oder den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt) in Anspruch genommen (bitte getrennt nach bereits abgeflossenen und den darüber hinaus gehenden vertraglich gebundenen Mitteln differenzieren), und bis wann dürfte aus heutiger Sicht der Kostenrahmen von 8,2 Mrd. Euro erschöpft sein?
58. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Bundesstraßen in Niedersachsen sind derzeit (Stand: Oktober 2020) mit einem Radweg ausgestattet (bitte Angabe in Kilometern), und in welchem Umfang sind die vorhandenen Radwege an Bundesstraßen in Niedersachsen sanierungsbedürftig?
59. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele innerdeutsche Dienstreisen absolvierte der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer seit Amtsantritt per Flugzeug, und welches waren die letzten 27 dieser innerdeutschen Flug-Dienstreisen (bitte Strecke nennen)?
60. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Planungsstand zum zeitlichen Ablauf für die Errichtung des Streckenabschnitts von Berlin-Südkreuz nach Blankenfelde der Bahnstrecke Berlin–Dresden („Dresdner Bahn“), insbesondere im Hinblick auf die mit der Inbetriebnahme der „Dresdner Bahn“ zusammenhängende Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) an das Regional- und Fernbahnnetz zum ursprünglich anvisierten Zeitpunkt Ende des Jahres 2025?

61. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP) Wie viele Verkehrsunfälle im Zusammenhang mit Nachtbaustellen und 24-Stunden-Baustellen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Bundesländern, und wie unterscheidet sich diese Anzahl mit welcher Begründung von Unfällen mit regulären Baustellen (www.faz.net/aktuell/gesellschaft/ungluecke/tipps-von-unfallforscher-am-stauende-grossen-abstand-halten-16990870.html)?
62. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP) Welche im Ausland ansässigen Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Land ihres jeweiligen Unternehmenssitzes staatliche Hilfen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie beantragt, und wie viel Unterstützung haben diese Unternehmen jeweils erhalten?
63. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP) Wie viele Verkehrsunfälle wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren auf den Bundesautobahnen im Freistaat Sachsen registriert und wie viele dieser Unfälle ereigneten sich jeweils in Baustellen, in Bereichen ohne Tempolimit bzw. in Bereichen mit Tempolimit (bitte jeweils nach Jahr aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

64. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie will die Bundesregierung eine pünktliche Einreichung eines ambitionierteren EU-NDCs (Nationally Determined Contributions) (<https://climateactiontracker.org/countries/eu>) im Dezember 2020 gewährleisten, und wird ein Sonder-Klimagipfel des Rates vor Dezember 2020 erwogen?
65. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) War der Deckel des Reaktordruckbehälters des Atomkraftwerks Obrigheim (KWO) nach Kenntnis der Bundesregierung gemäß deutschem Regelwerk als mittelfradioaktiver Abfall (MAW) einzuordnen (ggf. bitte unter Angabe der sonst einschlägigen Kategorie), und verstößt die Verbringung solcher Abfälle in die USA nach Kenntnis der Bundesregierung gegen den u. a. im Standortauswahlgesetz verankerten Grundsatz der Inlandsentsorgung (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 216 auf Bundestagsdrucksache 19/23454)?

66. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Telefonate und Gespräche gab es innerhalb der zwei letzten Monate zwischen dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und der Firma ANF in Lingen bzw. deren Anwälte oder Vertreter bezüglich des Exportes von Brennelementen in das Atomkraftwerk Doel (bitte unter Angabe der neun letzten Gespräche der involvierten Ansprechpartner und der Gesprächsthemen; vgl. <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/pressemitteilungen/erfolgloser-eilantrag-einer-brennelemente-exporteurin> und www.eifelzeitung.de/allgemein/tagesthemen/rechtsstreit-vor-vg-frankfurt-wegen-brennelemente-export-281321/?coPolicy=yes), und in welcher Art und Weise haben diese Austausche die Handlungsweise des BAFA in dieser Sache beeinflusst?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

67. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Einsatz des Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, für den Bau des bislang als unrentabel geltenden Großstaudamms INGA3 in der Demokratischen Republik Kongo (<https://taz.de/Energiewende-auf-Kosten-Afrikas/!5717316&s=nooke/>), inklusive Äußerungen über Abnahmegarantien von dort erzeugtem Strom für grünen Wasserstoff, die Entscheidung der kongolesischen Regierung für den Bau des als ökologisch und sozial höchst kritisch betrachteten Megaprojekts beeinflusst werden könnte, trotz anderslautender Aussagen der Bundesregierung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages vom 16. September 2020, dass INGA3 ein Projekt der kongolesischen Regierung sei, das man lediglich beobachte, ohne sich einzumischen, und teilt die Bundesregierung die Sichtweise des Afrikabeauftragten in Bezug auf den INGA3-Staudamm, dass er „es nicht gut finde[t], dass Afrika zum Schlachtfeld der Interessenauseinandersetzungen zwischen den USA und China wird und die Europäer dabei nur zusehen“ (<https://taz.de/Energiewende-auf-Kosten-Afrikas/!5717316&s=nooke/>)?

68. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.) In welchen Ländern befindet sich die Bundesregierung in Planung oder Durchführung von Waldschutzprojekten, in denen die Agrarindustrie ein Kooperationspartner ist (vgl. www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Wald-und-Klima/index.html), und um welche Projekte handelt es sich dabei?
69. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.) Inwiefern finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit seinem Corona-Sofortprogramm (www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf) auch Maßnahmen in Schutzgebieten, und in welchen Gebieten wird dabei gegebenenfalls auch die Bezahlung der Ranger übernommen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

70. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD) Wie erklärt die Bundesregierung Medienberichte (www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/wo-bleibt-die-kritik-am-geplanten-600-millionen-anbau-des-bundeskanzleramtes) um 115 Mio. Euro auf ca. 600 Mio. Euro, obwohl im Regierungsentwurf 2021 13 Mio. Euro für das Jahr 2020 und 12 Mio. Euro für das Jahr 2021 bereit gestellt wurden und danach Verpflichtungserklärungen über 460 Mio. Euro abgegeben wurden (insgesamt somit 485 Mio. Euro)?
71. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD) Hält die Bundesregierung einen Anbau der bereits jetzt schon weltweit größten Regierungszentrale in Höhe von ca. 600 Mio. Euro in Corona-Zeiten für angemessen, und zieht die Bundesregierung eine Streichung oder zumindest eine Verschiebung des Projektes angesichts der zu erwartenden Haushaltslage in Betracht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

72. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die nun bekannt gewordenen Bestrebungen der Europäischen Zentralbank, die Einführung einer eigenständigen digitalen Währung („digitaler Euro“) voranzutreiben im Allgemeinen, und wird in diesem Lichte gesetzgeberischer Handlungsbedarf mit dem Ziel der langfristigen Sicherstellung des Zahlungsverkehrs mit physischen Zahlungsmitteln gesehen (vgl. dazu Bild.de vom 8. Oktober 2020, www.bild.de/bild-plus/geld/wirtschaft/wirtschaft/zentralbank-vorstoss-ezb-entwickelt-digitale-n-euro-73273546,view=conversionToLogin.bild.html, zuletzt abgerufen am 8. Oktober 2020)?
73. Abgeordneter
**Sven-Christian
Kindler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Stellen bei der „Task Force gegen Steuergestaltungsmodelle am Kapitalmarkt“ im Bundesministerium der Finanzen bzw. beim Bundeszentralamt für Steuern sind derzeit (Stand: Oktober 2020) besetzt, und inwiefern verfügt die „Task Force gegen Steuergestaltungsmodelle am Kapitalmarkt“ über Fahndungsbefugnisse?
74. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung seit Neufassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes (ErbStG) im Jahr 2016 bereits Anwendung von § 28a ErbStG gemacht, und wie hoch ist die erlassene Steuer (bitte getrennt nach Jahren aufschlüsseln)?

